

Roland Roth

Post-Corona Perspektiven

Beitrag zur Tagung »Restart Stadtentwicklung: von der Krise zur Chance«, Ostfildern am 15. Oktober 2021

I. Notwendige Vorbemerkungen zur aktuellen Lage

Wer sich heute über die Zeit nach Corona Gedanken macht, bewegt sich auf unsicherem Gelände. Wichtige Fragen drängen sich auf:

- Stecken wir noch mittendrin oder ist das Ende der Pandemie absehbar? In Deutschland gehen Wissenschaft und Politik überwiegend davon aus, dass wir im nächsten Frühjahr eine Situation haben werden, in der Infektionen mit COVID-19 deutlich seltener und in ihrem Verlauf weniger lebensbedrohlich sein werden – etwa so gefährlich wie eine Virusgrippe. Gleichzeitig warnt die globale Gesundheitsforschung: Die Pandemie ist auch hierzulande erst überstanden, wenn sie weltweit überwunden ist, denn gefährliche Mutationen des Virus sind nicht auszuschließen, solange die Impfquoten in den ärmeren Regionen der Welt im einstelligen Bereich liegen.
- Sind uns bereits die wichtigsten ökonomischen, sozialen und gesundheitlichen Folgen der Pandemie, von Ausgangsbeschränkungen und Distanzgeboten über die Schließung von öffentlichen Einrichtungen und privatem Gewerbe, bekannt oder werden wir noch böse Überraschungen erleben, wenn die Auswirkungen der Pandemie verstärkt öffentlich sichtbar und zum Thema werden? Dass vulnerable Gruppen unter Pandemiebedingungen generell besonderem Druck ausgesetzt sind, gehört zum kleinen Einmaleins der Pandemieforschung. Aber jede Pandemie ist anders, und dies gilt auch für die Belastungen, die von dem Virus und den Schutzversuchen ausgehen. Bereits die beachtliche Bandbreite der gesundheitlichen Folgen einer Infektion mit COVID-19 macht deutlich, wie unberechenbar dieses Virus und seine Folgen sind.

Bislang haben vor allem ältere und jüngere Bevölkerungsgruppen auf sich aufmerksam gemacht. Aber jenseits von Besuchseinschränkungen in Pflegeheimen, Schulschließungen und Wechselunterricht gibt es zahlreiche Bevölkerungsgruppen, die absehbar besonders betroffen sind, wie z.B. Alleinerziehende, Arme und Obdachlose oder prekär Beschäftigte – von den psychischen Folgen des monatelangen Kontaktverlusts quer durch die Bevölkerung ganz zu schweigen.

- Fast alle Verantwortlichen auf staatlicher und auf föderaler Ebene sind geneigt, sich (auch) in Sachen Corona-Politik als erfolgreich darzustellen, obwohl sie in der Wahl der Mittel und in

der zeitlichen Abfolge sehr unterschiedliche Wege beschritten haben. Für eine verlässliche Auseinandersetzung mit der Pandemiedynamik und den diversen Formen der Pandemiebekämpfung bzw. -politik fehlen uns noch an vielen Stellen empirisch gesicherte Informationen (vgl. im Überblick Roth 2020 und 2021). Wenn wir vergleichend auf die OECD-Länder blicken, zeigen sich erhebliche Variationen in verschiedenen Phasen. Dieses vielfältige Bild stellt sich ebenfalls ein, wenn wir auf die Bundesländer und ihren Eigensinn schauen. Auch kommunal sind einige Städte (wie z.B. Tübingen und Rostock) sehr bewusst eigene Wege gegangen. Das Bedürfnis nach vorne zu blicken, darf uns nicht davon abhalten, unvermeidliche und durchaus vermeidbare Fehler der Pandemie-Politik genauer zu inspizieren. Schon die gesetzlich verpflichtende und trotzdem äußerst unzulängliche Prävention (fehlende Masken und Schutzkleidung) kostete Menschenleben. Zum einen geht es um notwendige Lernprozesse, um auf künftige Herausforderungen besser vorbereitet zu sein. Zum anderen sollten wir die längerfristige Prägung der eingeschlagenen Wege zur Pandemiebekämpfung und ihrer Folgen nicht unterschätzen.

- Zudem hat Corona und die Pandemie-Politik in vielen Ländern, Kommunen, Freundeskreisen und Familien Zwietracht gesät. Neue politische Konflikte sind entstanden und bestehende Spaltungslinien wurden neu befeuert. Die in sich sehr heterogenen und zunehmend von rechtsextremen politischen Unternehmern gekaperten »Querdenken«-Demonstrationen haben einen kritischen Kern, mit dem die Auseinandersetzung lohnt. Aber sie sind auch ein sichtbarer Ausdruck von angstgetriebenen Verschwörungsphantasien und Wissenschaftsfeindlichkeit. Damit drohen die vernünftigen Grundlagen demokratischer Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse Schaden zu nehmen. Wer hätte gedacht, dass einmal erwachsene Menschen mit Aluhüten durch die Straßen laufen und es ist nicht Fasching? Ob es sich um eine dauerhafte Beschädigung demokratischer Verständigungsgrundlagen handelt, lässt sich nicht absehen.

- Schließlich stellt sich die Frage nach der gesellschaftlichen Veränderungstiefe, mit der wir mit und nach Corona rechnen sollten. Handelt es sich um ein Brennglas, einen Verstärker, die Spitze des Eisbergs, einen Katalysator oder eine Kaskade von Krisen, die unsere Gesellschaft in allen Lebensbereichen fundamental erschüttern wird? Je nach Diagnose sind unterschiedlich umfassende und nachhaltige Strategien gefragt. Nur, wer kann darauf heute eine verlässliche Antwort geben?

II. Herausforderungen und Chancen für einen Neustart

Trotz dieser Unsicherheiten werden nachfolgend thesenartig einige Anregungen zum Neustart mit und nach COVID-19 formuliert. Die genannten Vorbehalte und Fragezeichen sind dabei stets mitzudenken.

1. Folgenminderung (mitigation) für vulnerable Gruppen ist nicht nur für die Gemeinwesenarbeit zentral, sondern es geht um den sozialen Zusammenhalt insgesamt, der aus der Sicht der besonders Betroffenen stark gelitten hat. Die Corona-Folgen werden uns noch eine Weile beschäftigen. Es geht um Kinder, Jugendliche, Ältere, Behinderte, Menschen mit Beeinträchtigungen, Menschen in Armut, Obdachlose, Menschen mit Migrationsgeschichte, aber auch um Alleinerziehende und bildungsbenachteiligte Gruppen. Corona sowie die Neben- und Nachwirkungen der Pandemiepolitik haben bereits zuvor bestehende soziale und sozialräumliche Ungleichheiten verstärkt. Die Wahrheit liegt dabei meist nicht im statistischen Querschnitt, sondern in Bestandsaufnahmen vor Ort. Es geht nicht um dicke Berichte mit unverständlichen Zahlenfriedhöfen. Ein Vorbild könnten die in Kanada verbreiteten lokalen Berichte »Vital Signs« von Community Foundations sein, die in anschaulicher Weise jährlich gesellschaftliche Handlungsfelder und -bedarfe ihrer Kommune mit Gestaltungsperspektiven verbinden. Hamburg ist die erste Stadt, für die 2019 ein solcher Bericht verfasst wurde (Bürgerstiftung Hamburg: Hamburg imPuls 2019). Solche orientierenden und mutmachenden »Lebenszeichen« sind nach Corona besonders wichtig.

In Städten ist die Beschäftigung mit der Quartiersebene unerlässlich, denn schon vor der Pandemie ließ sich dort – durch die Wohnungsmärkte angeheizt – eine enorme Ungleichheitsdynamik beobachten (Helbig/Jähnen 2018, Gesemann u.a. 2018). Gemeinsam mit Betroffenen und ihren Vertretungen gilt es, die Folgen der Pandemie im Detail in den Blick zu nehmen, Bedarfe zu diskutieren und Perspektiven zu entwickeln, aber auch besonders bedrohliche Schädigungen abzumildern. Dazu braucht es Lernräume. Dies ist eine Chance für die Gemeinwesenarbeit (GWA) sich neu aufzustellen, Schulen in den Stadtteil hinein zu öffnen sowie Bildungslandschaften weiterzuentwickeln, um nur zwei Bereiche zu nennen. In Kommunalpolitik und -verwaltung ist dazu die Bereitschaft unabdingbar, über Ressortgrenzen mit der Zivilgesellschaft und lokalen Unternehmen zu kooperieren. Ein eindrucksvolles Beispiel ist die Stuttgarter Konferenz zu den Perspektiven von Kindern und Jugendlichen im Juli 2021 mit ämterübergreifender Beteiligung und einem von den Lebenswelten junger Menschen und Kinderrechten geprägten Zugang.

Vieles, was in besseren Tagen noch als Luxus gegolten hat, wie z.B. die kollaborative Vernetzung kommunaler Akteure entlang gemeinsamer Aufgaben (z.B. in der Integrationspolitik, in Bildungslandschaften), erfährt in der Bewältigung der Corona-Folgen eine neue Dringlichkeit. Ein Beispiel sind »Chancenpatenschaften« etwa durch zivilgesellschaftlich geprägte Bildungsoffensiven, in denen Schulen, Betriebe, Vereine und private Bildungsträger zusammenarbeiten, um Corona-Schäden für die nachwachsende Generation zu mildern. Angesichts der vielen Engagierten in Vereinen, Stiftungen und Bürgerstiftungen, die ihren Schwerpunkt in den Bereichen Kindheit, Jugend und Bildung haben, und mit Blick auf die Nachwuchssorgen vieler Betriebe, kommt es aktuell auf die kooperative Nutzung der durchaus vorhandenen Ressourcen und Wissensbestände an. Zahlreiche Bürgerstiftungen wirken in einem Programm »Chancenpatenschaften« mit, das nicht zuletzt von den Erfahrungen mit Patenschaften und Mentoren-Angeboten für Geflüchtete und Zugewanderte inspiriert ist. Ein gemeinsamer Neustart im

Verbund steigert nicht nur die Resilienz und die Handlungsfähigkeit der beteiligten Akteure. Er kann auch dazu dienen, Einrichtungen und Dienste entlang ihrer Pandemieerfahrungen zu inspizieren und krisenfester auszugestalten.

Das Handlungsschema, das hier mit Hinweis auf junge Menschen und Bildungsgerechtigkeit angesprochen wurde, lässt sich auch für andere Felder nutzen. Ressortübergreifende Kooperationen und Netzwerke mit Zivilgesellschaft und Wirtschaft werden notwendig sein, um die drohende Entleerung von Innenstädten abzuwenden und flexible öffentliche und private Nutzungen mit ökologischen Belangen zu verbinden. Die Zeit nach Corona verlangt beteiligungsorientierte Stadtentwicklungskonzepte, wobei den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen eine zentrale Rolle zukommen sollte, um zukunftsfähig zu werden (vgl. Bär/Roth/Czaki 2021).

2. Die Aufwertung des Lokalen, der kommunalen Ebene und des Nahbereichs gehört zu den unerwarteten Folgen von Corona. Wir sind weder als isolierte Nomaden noch als digitale Wesen lebensfähig, sondern auf Nähe, direkte Begegnungen und Kommunikation ausgelegt. Davon leben wir individuell, darauf sind zivilgesellschaftliche Organisationen angewiesen, wenn sie Mitglieder und Engagierte ansprechen und einbinden wollen. Kümmerer, Nachbarschaften und Gemeinschaftseinrichtungen hatten schon durch die Zuwanderung an Bedeutung gewonnen. Alltägliche Begegnungen auf Augenhöhe sind noch immer das beste Mittel, um Toleranz und Vielfalt zu fördern. Corona hat hier noch einmal einen Schub gebracht. Parks, Grünflächen und andere öffentliche Räume und Plätze haben wir in Corona-Zeiten (neu) zu schätzen gelernt. Bibliotheken, Museen oder private Kaffeehäuser, wie in Wien, haben an einigen Orten ihre großen Räume für pandiemiekonforme Begegnungen und Wechselunterricht zur Verfügung gestellt. Wohnungsbaugesellschaften denken erneut über Gemeinschaftsräume nach, die Homeoffice oder Homeschooling für Bewohnerinnen und Bewohner in beengten Wohnverhältnissen ermöglichen.

Solche Erfahrungen sollten Konsequenzen für die Stadtentwicklungspolitik haben.

Ziel sollte es sein, zentrale Bereiche des Alltagslebens krisenfester auszugestalten. Die Bürgerschaft hat eine Fülle von Erfahrungen mit der Fähigkeit von alltäglichen Einrichtungen machen können, auf die Herausforderungen der Pandemie zu reagieren. Sie reichen vom Totalversagen bis zu vielversprechenden Innovationen, die es wert sind, in der Zeit nach Corona aufgegriffen und verallgemeinert zu werden.

3. Lokale Ökonomie und regionale Versorgungsstrukturen stärken. Britische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Foundational Economy Collective haben sich schon vor der Pandemie für eine neue Infrastrukturpolitik eingesetzt und einige britische Städte in der Umsetzung beraten (2019). Die Grundidee ist einfach. Wir sollten in der städtischen Politik zwei ökonomische Kreise unterscheiden. Einen Kreis, der für die Nahversorgung zuständig ist, und einen Kreis mit Unternehmen, die über die Region hinaus mit globaler Orientierung unterwegs sind. In der politischen Wahrnehmung und in neoliberalen Entwicklungsmodellen dominiert

die globale Ökonomie und verdrängt lokale Ansätze – oft zu Lasten der lokalen Infrastruktur und Versorgung.

Dass eine Mehrheit der Berliner Wählerinnen und Wähler für eine Vergemeinschaftung von großen Immobilienkonzernen gestimmt hat, liegt in der Erfahrung begründet, dass der für globale Immobilienkonzerne offene und mit Steuervorteilen (share deals) zusätzlich subventionierte Berliner Wohnungsmarkt für viele Mieterinnen und Mieter toxische Konsequenzen hat: der bezahlbare Bestand verringert sich und die Mieten schießen in die Höhe. Wohnungspolitik sollte deshalb lokal orientiert sein und die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung zum Maßstab haben, so die Perspektive der britischen Ökonomen.

Der unseren Alltag bestimmende innere Kreis der »Fundamentalökonomie« – im Deutschen wohl am besten als Grundversorgung übersetzt – muss gestärkt werden, um auf die multiplen Krisen unserer Zeit von den Pandemien über das Klima bis zu Migrationsbewegungen besser reagieren zu können.

Wichtig ist auch, wie Corona gezeigt hat, die Lockerung der Abhängigkeit von globalen Lieferketten, vor allem, wenn es um Dinge des täglichen Bedarfs und Kritische Infrastrukturen, wie z.B. die Versorgung mit Medikamenten und Schutzmasken geht. Dies ist eine drängende politische Gestaltungsaufgabe, die mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam anzugehen ist. Auch die zahlreichen Ansätze zu einer Gemeinwohlökonomie können dabei an Bedeutung gewinnen.

4. Digitale Infrastruktur lokal gestalten. Digitale Mängel sind in der Pandemie in vielen, fast allen Lebensbereichen deutlich geworden. Das Gesamtbild ist widersprüchlich und uneinheitlich. Öffentliche Einrichtungen waren über Monate kaum zu erreichen. Wer schlechte Erfahrungen mit den verschiedenen Kommunikationsplattformen machen wollte, war bei Ministerien oft an der richtigen Stelle. Grenzen digitaler Kommunikation bestimm(t)en mehr oder weniger unseren Alltag. Aber die nicht nur auf dem »flachen Lande«, sondern auch in Großstadtquartieren zuweilen löchrigen und überlasteten digitalen Netze sicherten ein Minimum an Kooperation und Beteiligungsprozessen. Neue digitale Möglichkeiten und soziale Reichweiten schlagen positiv zu Buche. Es gilt, aus der Notdigitalisierung zu lernen. Ziel sollte es sein, die digitale Grundversorgung – wie einst Wasser, Gas und Strom - lokal als öffentliches Gut auszugestalten und zu sichern. Das heißt auch, sie von großen transnationalen Anbietern und ihrem Geschäftsmodell, die Nutzung mit persönlichen Daten zu bezahlen, unabhängig zu machen. Eine solche Digitalisierung braucht die Zivilgesellschaft. Dazu gehört die Förderung digitaler Kompetenzen als öffentliche Aufgabe, wozu stets der kritische und kreative Umgang mit digitaler Kommunikation gehört. Es herrscht aktuell kein Mangel an mehr oder weniger radikalen Vorschlägen – wie etwa das Diskussionspapier des Deutschen Städtetags »Digitale Souveränität von Kommunen stärken« oder die Forderungen des Netzwerks Digitale Zivilgesellschaft. Aber an einer kooperativen Umsetzung hapert es noch. Digitallotsenprogramme wie in Baden-Württemberg können ein Schritt in diese Richtung sein.

5. Lokale Präventionspolitik stärken. Die nächste Pandemie, die nächsten Extremwetter kommen bestimmt und auch mit Migrationsbewegungen ist zu rechnen. Unerwünschte und unerwartete Folgen der in den letzten Jahrzehnten vorangetriebenen Globalisierungsprozesse klopfen an unsere Tür. Nun erfüllt sich, was der Soziologe Ulrich Beck schon 1986 diagnostizierte: wir werden zur »Risikogesellschaft«, die ihre negativen Effekte nur noch begrenzt verdrängen und auslagern kann. Die Zeit der Sorglosigkeit sollte vorbei sein.

Für viele Alltagsrisiken verfügen wir in Deutschland über ein in den letzten 150 Jahren gewachsenes Notfallnetzwerk aus Rettungsdiensten, Feuerwehr, Notärztinnen und Notärzten, Kliniken, Gesundheitsbehörden, Polizei und Militär (vgl. Ellebrecht 2020). Die Behörden mit Sicherheitsaufgaben (BOS) sind nicht nur zahlreich, sondern können sich auf »Blaulichtorganisationen« mit überwiegend ehrenamtlichen Einsatzkräften stützen. Rund 1,9 Millionen Menschen engagieren sich – nach Angaben des Deutschen Freiwilligensurveys 2019 (S. 104) – bei Unfall- und Rettungsdiensten sowie in der freiwilligen Feuerwehr. Dieses Notfallnetzwerk ist eigentlich subsidiär und föderal verfasst, d.h. Ländern und Kommunen kommen wichtige Aufgaben zu. Dies wurde auch in der Pandemie an der wichtigen Rolle der für den Notfall nur unzulänglich ausgestatteten örtlichen Gesundheitsämter deutlich. Die in der Pandemie prägenden Bund-Länder-Abstimmungen waren in diesem föderalen Gefüge nicht vorgesehen und haben demokratiepolitisches Unbehagen (intransparent, letztlich unverbindlich, geheime Protokolle etc.) ausgelöst.

Viele Anzeichen sprechen dafür, dass dieses in Alltagsdimensionen durchaus verlässliche Notfallnetzwerk für neue Krisen und Herausforderungen (Zuwanderung, Klimaextreme, Pandemien) nur sehr eingeschränkt geeignet ist:

Bei den Großschadensfällen und langanhaltenden Herausforderungen durch Klima und Pandemien können Notfallorganisationen ihr Sicherheitsversprechen nicht oder nur bedingt einlösen.

Mit der Fixierung auf den Notfall werden längerfristige zivilgesellschaftliche und individuelle Vorkehrungen weitgehend ausgeblendet. Es leistet keinen nennenswerten Beitrag zur Ursachenklärung und Primärprävention.

Auch wenn die Sozialisation und Professionalisierung der Ehrenamtlichen noch immer ausreichend zu gelingen scheint, tut man sich in der Kooperation mit den »anlassbezogenen«, »ungebundenen«, sich »spontan« organisierenden Laienhelferinnen und -helfern in Notlagen schwer. Seit dem Hochwasser von 2013 wird dieser Gruppe von nicht unmittelbar betroffenen Helferinnen und Helfern, die eigenständig aktiv werden, eine neue Qualität bescheinigt (INKA 2015: 75). Ihre Zahl übersteigt in den Notfällen der letzten Jahre (Engagement für Geflüchtete, Corona-Hilfen, Hochwasser-Hilfe) die der Ehrenamtlichen in Organisationen um ein Vielfaches. Die Möglichkeiten der Selbstorganisation über soziale Netzwerke wird als zentraler Treiber der organisierten Spontanhilfe angesehen.

Diese Erfahrungen sprechen für eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Notfallvorsorge und -hilfe. Die Leistungsfähigkeit der entsprechenden Abteilungen in Bundes- und Länderministerien oder nachgeordneten Behörden (vom Robert-Koch-Institut bis zum Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe) zu stärken, ist sicher notwendig, aber letztlich benötigen wir verstärkt regionale und lokale Antworten auf unterschiedliche Gefährdungslagen. Deshalb ist es wichtig, Stadtentwicklung, lokale Infrastrukturen, Nachbarschaften unter dem Gesichtspunkt Resilienz und Krisenfestigkeit neu zu buchstabieren.

An den Aushandlungen über »Kritische Infrastrukturen«, die wir in Krisenfällen benötigen, sind bisher allenfalls die Blaulicht-Organisationen beteiligt. Ähnlich sieht es mit den lokalen Schutzplänen gegen Pandemien aus. Der infolge von COVID-19 ergänzte Nationale Pandemieplan (von 2005, aktualisiert 2017 und 2020 ergänzt) gibt der kommunalen Ebene und besonders den Gesundheitsämtern beachtliche Gestaltungsmöglichkeiten, die in einigen Städten (z.B. Frankfurt/M, Rostock, Schwerin) in kommunalen Pandemieplänen ausgestaltet worden sind. Dies geschah in der Regel ohne Öffentlichkeit und Bürgerbeteiligung. Nach Corona müssen diese Pandemiepläne mit breiter Bürgerbeteiligung neu geschrieben und zivilgesellschaftliche Akteure mit ihren solidarischen Handlungspotentialen stärker berücksichtigt werden.

In Österreich ist die Idee lokaler Resilienz-Netzwerke auf fruchtbaren Boden gefallen. Demnächst soll es einen europäischen Verbund solcher lokalen Plattformen geben, die sich mit lokalen Lösungen für Zukunftsfragen auseinandersetzen. Ziel sind konkrete zivilgesellschaftliche Projekte und Aktionen, mit denen sich die lokale Bevölkerung sinnvoll auf eine zunehmend turbulente Zukunft vorbereiten kann. Die Definition von Resilienz dieser lokalen Netzwerke kann auch hierzulande Impulse geben: »Resilient ist, wer flexibel auf Veränderung reagieren kann und dabei Schaden abwendet und Gelegenheiten nützt« (<https://www.resilienznetzwerk.at/begriffe-und-konzepte/>).

6. Eine starke Zivilgesellschaft ist gerade auch in Krisenzeiten als wichtige Ressource zu begreifen. Einmal mehr haben sich lokale Initiativen, Nachbarschaftshilfen, Bürgerstiftungen und Vereine als wichtige Krisenhelfer erwiesen. Sie haben Menschen versorgt, die sich unter Corona-Bedingungen nicht selbst helfen konnten, Begegnungshäuschen vor Alten- und Pflegeheimen aufgestellt, haben Nachhilfe und Kinderbetreuung und viele andere Sorgearbeiten übernommen. Nur wo es gut ausgebaute lokale Netzwerke von Engagementorganisationen, eine eingespielte Kooperation mit Kommunalpolitik und -verwaltung, eine tragfähige Infrastruktur sowie eine angemessene Anerkennungs- und Unterstützungspraxis gibt, konnte sich dieses Solidaritäts- und Gemeinschaftspotential voll entfalten. Dies war an vielen Orten nicht ausreichend der Fall gewesen und ist durchaus entwicklungsfähig.

Gleichzeitig sind viele zivilgesellschaftliche Organisationen durch Corona selbst unter Druck geraten. Die Diagnose der Folgen des ersten Lockdowns auf die organisierte Zivilgesellschaft beschreibt eine Forschungsgruppe im Frühjahr 2020 mit der Überschrift: »Lokal kreativ, finanziell unter Druck, digital herausgefordert« (ZiviZ 2020). Beklagt werden materielle Folgen und weitere Herausforderungen, nicht zuletzt die fehlende gesellschaftliche Anerkennung: »Eine

Wertschätzung des gemeinnützigen Engagements für diese besonderen Leistungen in der Coronakrise bleibt allerdings überwiegend aus. Dabei sind Engagierte gerade jetzt besonders gefordert: Sie müssen nicht nur die Mehrzahl bisheriger Angebote in digitale Räume transferieren, sondern zugleich finanzielle Lücken füllen und weitere für ein Engagement gewinnen, das sich sonst auf immer weniger werdenden Schultern verteilen würde« (S. 3). Die Corona-Einschränkungen haben Vereine, Bürgerstiftungen und Initiativen sehr unterschiedlich getroffen. Eine Mitte 2021 durchgeführte Vereinsstudie in Münster mit dem einprägsamen Titel »Zwischen Coronastarre und Digitalisierungsschub« (Freise 2021) sieht aktuell drei vordringliche Handlungsfelder: Digitalisierung nachhaltig gestalten, Nachwuchs gewinnen und Vernetzung. Zwar ist das große Vereinssterben auch zu Beginn der 4. Corona-Welle ausgeblieben, aber rund ein Drittel der zivilgesellschaftlichen Organisationen ist erheblich unter Druck. Staatliche Unterstützungsprogramme sind deshalb weiterhin notwendig, wobei die Kommunen vor Ort ihre Schwerpunkte setzen sollten. Gerade die wichtigen Digitalisierungsprozesse bedürfen öffentlicher Förderung.

Hilfreich ist auch der Ausbau der unbürokratischen Klein- und Kleinstförderung für unorganisierte Engagierte, damit sie ihre Projekte und Vorhaben gemeinsam umsetzen können. Gerade in Krisenzeiten sollte deutlich geworden sein, dass auch die Zivilgesellschaft »systemrelevant« ist. Erfahrungen mit der durch den Hurrikan Katrina ausgelösten Flutkatastrophe in New Orleans haben gezeigt, dass sich zivilgesellschaftliche Organisationen sehr viel schneller erholen, wenn sie zeitnah unterstützt werden (Wang/Ganapati 2018).

7. Bürgerbeteiligung braucht einen neuen Schub. Die Impulse aus der »Notfalldigitalisierung« gilt es aufzunehmen, ohne die Grenzen der Onlinekommunikation gerade im bürgerschaftlichen Engagement und in dialogischer Beteiligung zu vergessen. Bei der Ausgestaltung der Pandemiepolitik ist Bürgerbeteiligung weitgehend ausgeblieben. Die Corona-Proteste sind auch Ausdruck dieses Versäumnisses. Umso wichtiger ist es, Bürgerbeteiligung zu institutionalisieren und auch bei schwierigen Themen zu ermöglichen. Unabdingbar ist es, ihre Inklusivität zu stärken und eine breite Beteiligung mit niedrigschwelligen Dialogformaten zu ermöglichen (Nachbarschaftsdialoge, Salz & Suppe, Gemeinschaftssingen im Park), die sich bereits in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik bewährt haben.

Die Zahl der Kommunen mit Beteiligungsleitlinien hat in den letzten 10 Jahren deutlich zugenommen. Rastatt hat mit den Jugendlichen der Stadt eine eigene Beteiligungsleitlinie für junge Menschen entwickelt

Bürgerräte zu Corona hat es viel zu spät und viel zu selten gegeben. Für gemeinsame Perspektiven nach Corona brauchen wir mehr Zukunftswerkstätten. Ihre Ergebnisse haben bessere Umsetzungschancen, wenn Beteiligung und Engagement verknüpft werden. Dafür haben sich in den letzten Jahren Bürgerfonds bewährt. Vorschläge aus der Bevölkerung oder bestimmten Bevölkerungsgruppen werden zur Abstimmung gestellt und mit einem Budget untersetzt, das

wenigstens für die mehrheitlich ausgewählten Vorschläge eine zeitnahe Umsetzung gewährleistet. Solche Beteiligungsfonds werden heute zu vielen Themen (Klima, Corona, Jugend, Bildung – z.B. Schülerhaushalte) von der öffentlichen Hand, aber auch von Stiftungen ausgelobt.

Die Beteiligungswünsche in der Bevölkerung sind sehr klar. Sie wollen Politik und Verwaltung nicht nur beraten, sondern auch wirksam werden, sei es durch eigenes Engagement oder durch eine »Politik des Gehörtwerdens«, die mit Resonanz und Anerkennung auf Vorschläge und Interventionen aus der Bürgerschaft reagiert.

8. Demokratische Selbstkorrektur fördern, die Selbstvergiftung der Zivilgesellschaft bekämpfen. Mit der Pandemie sind neue politische Konfliktlinien entstanden und alte wurden vertieft. Sie produktiv zu bearbeiten, wird nicht einfach werden. Ich habe im Umgang mit den sogenannten Querdenken-Demonstrationen den Begriff des »Schwurbelns« kennengelernt, definiert als »selbstgefällige Rede ohne Expertise und Empathie«, wie sie bei Coronaleugnern und –verharmlosern so häufig anzutreffen ist. Die Folgen für die Zivilgesellschaft sind erheblich. Politische Polarisierungen, die bereits mit der Zuwanderung von Geflüchteten aufgebrochen sind, werden überlagert und verstärkt durch Kontroversen über den Umgang mit COVID-19. Zerrissenheit kennzeichnet viele Familien und Freundschaftskreise. Fehlende Verständigungsbereitschaft und emotionale Zuspitzung haben zu einer Selbstvergiftung der Zivilgesellschaft geführt. Ihre zentralen Normen eines friedlichen und respektvollen Austrags von unterschiedlichen Meinungen und die Anerkennung vielfältiger Lebensweisen stehen zur Disposition. Das Vertrauen in eine zentrale Errungenschaft der Zivilgesellschaft, ihre Fähigkeit zur demokratischen Selbstkorrektur und zivilen Reparatur durch Gegenbewegungen und öffentliche Debatten schwindet. Dass dazu auch politische Unternehmer vom rechten Rand erheblich beitragen und ihre Chance nutzen, kann nicht verwundern.

Die Aufgabe der Zivilgesellschaft muss es sein, diese Auseinandersetzung zu führen, Falschinformationen aufzudecken und alternative Deutungen anzubieten (vgl. Roth 2021 a). Wir benötigen eine neue Runde von Nachbarschaftsgesprächen und -begegnungen, aber auch lokale Bürgerräte und Engagementfonds wie z.B. »nebenan angekommen« der Thüringer Ehrenamtsstiftung, die von 2016-2020 insgesamt 545 Projekte mit lokalen Hilfsangeboten für Menschen mit Zuwanderungshintergrund gefördert hat. Nur dieses Mal geht es nicht um Neuzugewanderte, sondern um eine Integrationspolitik für die verstörten und verfeindeten Einheimischen einer in Teilen vergifteten Zivilgesellschaft. Erste Beratungsstellen (z.B. »veritas« in Berlin) bieten ihre Hilfe an. Auch für die demokratische Selbstkorrektur der Zivilgesellschaft braucht es Unterstützung. Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz reicht nicht aus.

9. Stadtentwicklung künftig im Spannungsfeld von Pandemieprävention, Klimawandel, Digitalisierung und Bürgerbeteiligung denken. Smart City, Post-Corona Stadt sind große Überschriften für mögliche Leitbilder. Vermutlich ist die Stadtentwicklung aber – um die Überschrift eines von der Wüstenrot Stiftung herausgegebenen Buches aufzugreifen – nur »bedingt planbar« (2020). Jenseits der besonderen Wirkungsmacht gewachsener Strukturen, städtischer Konkurrenz und liberalisierter Bodenmärkte ist es nicht so, dass die vier genannten

Pole zu deckungsgleichen Antworten führen. So legt z.B. die Pandemie größere Wohnungen nahe, in denen verhäuslichtes Lernen und Arbeiten konfliktarm gelebt werden kann, während dies aus ökologischer Sicht zu mehr unerwünschtem Flächenverbrauch führen muss – von der Bezahlbarkeit der größeren Wohnungen einmal ganz abgesehen.

Dieses Spannungsverhältnis lässt sich nur vor Ort bearbeiten, und ein überzeugendes gemeinsames Leitbild zeichnet sich nicht ab. Zwar hat Corona 2020 das Bevölkerungswachstum in einigen Großstädten gebremst, aber eine dauerhafte Suburbanisierung oder gar Enturbanisierung ist nicht zu erwarten.

Die Pandemie-Erfahrung spricht dafür, dem Stadtgrün, öffentlichen Plätzen, urbanen Gärten mehr Raum zu geben. Erweiterte und gestärkte Gemeinschaftseinrichtungen können individuelle Vorsorge- und Wohnmöglichkeiten ergänzen und verbessern. In einigen Städten haben sich Bibliotheken und Museen als Ausweichquartiere für den Schulunterricht bewährt – in Wien wurden phasenweise sogar die großen Kaffeehäuser genutzt. Wohnungsbaugesellschaften planen Gemeinschaftsräume mit, die in Neubausiedlungen als working spaces für Home-schooling oder Homeoffice dienen können. Auch die Gemeinschaftsökonomie verdient mehr Förderung und Entwicklungschancen. Dass dies Konsequenzen für Stadtplanung und Stadtentwicklung bzw. Dorfentwicklung hat, wird bei vielen aktuellen Themen deutlich – von der drohenden, durch Corona beschleunigten Verödung der Innenstädte bis zur weiteren Suburbanisierung. Es braucht lokal spezifische Antworten, ein allgemein überzeugendes Leitbild – wie den städtebaulichen Funktionalismus oder die »autogerechte Stadt« – gibt es nicht mehr. Umso mehr kommt es darauf an, Dorf- und Stadtentwicklung mit der Bürgerschaft zu betreiben. Dass es durchaus möglich ist, die gesamte Bevölkerung an der Stadtentwicklungsplanung beteiligen, zeigt die baden-württembergische Gemeinde Sexau – ein eindrucksvolles Beispiel aus dem ländlichen Raum (Wenzl u. a. 2021).

10. Kommunen stärken.

a. Es gilt, Kommunalverwaltungen, kommunale Dienste und Einrichtungen fit zu machen, um die beschriebenen Herausforderungen innovativ angehen zu können und sich nicht angesichts von Überforderungen wegzuducken. Dazu sind Kommunalverwaltungen und öffentliche Einrichtungen und Dienste zu ertüchtigen. Corona hat die mangelhafte Ausstattung von Gesundheitsämtern und vielen Schulen ins Blickfeld gerückt. Aber Personalprobleme, schleppende Digitalisierung, unzureichende Vernetzung und Kooperation innerhalb der Verwaltungen, in die Zivilgesellschaft hinein und zur lokalen Wirtschaft sind auch in anderen Ämtern und Fachbereichen anzutreffen. Die notwendige Befähigung zur Kooperation mit Engagierten und zur Bürgerbeteiligung sowie kollaborative Netzwerke für Zukunftsaufgaben benötigen Ausbildungsinitiativen und Steuerungskapazitäten, die am besten kommunal bereitgestellt werden sollten. Wo sind unter Corona-Bedingungen Kooperationsstrukturen weggebrochen und wie können sie repariert werden?

b. Die kommunale Ebene im föderalen Verbund stärken. Dies fordern die Kommunalen Spitzenverbände seit Jahr und Tag, aber mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen ist dies

dringender denn je. Dazu gehören entsprechende Ressourcen und Kompetenzen. Es braucht dazu Bundes- und Landesprogramme sowie Gesetze, die Gestaltungsspielräume der Kommunen erweitern. Programme und Budgets für lokale Lösungen haben sich bereits bewährt, etwa bei der Integration von Geflüchteten, den Verfügungsfonds für benachteiligte Stadtquartiere bis hin zu lokalen Klimabudgets. Baden-Württemberg ist hier in vielen Themenfeldern Vorreiter, allerdings handelt sich meist um Förderprogramme mit einem begrenzten Volumen und einer kleinen Zahl von teilnehmenden Kommunen.

Die Forderung nach starken Kommunen kann auf breite Unterstützung in der Bevölkerung zählen. In den aktuellen Koalitionsverhandlungen ist viel von Zukunftsfähigkeit und Neustart die Rede: Eine repräsentative Bevölkerungsbefragung vom November 2020 zeigte, dass eine deutliche gesellschaftliche Mehrheit nicht an ein Zurück zur alten Normalität glaubt, sondern überzeugt ist, dass ein »tiefgreifender Wandel der Gesellschaft« notwendig sei – 83% stimmen dem voll und ganz oder eher zu (Bertelsmann Stiftung 2021: 30).

Diesen Wandel zu diskutieren und zu beeinflussen ist eine der vordringlichen Aufgaben der Zivilgesellschaft und von beteiligungsorientierten Kommunen. Sie können im Verbund, wie z.B. in regionalen, nationalen und internationalen Städtenetzwerken (wie z.B. in der Migrations- und Integrationspolitik, der öffentlichen Gesundheit, in der Stärkungen der Kinderrechte oder beim Klimawandel – vgl. Acuto/Rayner 2016, Bréville 2020) Labore werden, in denen diese Zukunftsentwürfe Gestalt gewinnen.

Die staatliche Eingriffstiefe in der Corona-Krisenbekämpfung und das überwiegend kooperative Verhalten der Bevölkerung nähren als „erzwungene Experimente“ auch die Hoffnung auf künftige Krisenlösungen: »Demgegenüber gilt es, die Perspektive zu stärken, den Neustart von Wirtschaft, Kultur und auch Zivilgesellschaft nach Corona systematisch mit einer energischen Reform im sozialökologischen Sinne zu verbinden, um die existenziellen Gefährdungen des Klimawandels zu stoppen. Die vorab kaum vorstellbaren Eingriffstiefen staatlichen Handelns in Gesellschaft und Wirtschaft machen deutlich, dass bei großen Gefahren auch Lösungen mit entsprechender regulierender Eingriffstiefe möglich sind« (Klein 2020: 6).

Zitierte Literatur

Acuto, Michele/Rayner, Steve 2016: City networks: breaking gridlocks or forging (new) lock-ins? In: International Affairs (92) 5, 1147-1166

Bär, Dominik/Roth, Roland/Csaki, Friderike (Hrsg.) 2021: Handbuch Kinderfreundliche Kommunen. Kinderrechte kommunal verwirklichen. Ein Handbuch. Frankfurt/M: Debus Pädagogik/Wochenschau Verlag

Bertelsmann Stiftung 2021: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten der Pandemie. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung

Bréville, Benoit 2020: Urbane Labore. Das neue Selbstbewusstsein großer Städte. In: Le Monde Diplomatique März 2020, 1 & 18f.

Ellebrecht, Nils 2020: Organisierte Rettung. Studien zur Soziologie des Notfalls. Wiesbaden: Springer

Foundational Economy Collective 2019: Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik. Berlin: Suhrkamp

Freise, Matthias 2021: Zwischen Coronastarre und Digitalisierungsschub. Münsteraner Vereine in der Pandemie. Münster: Universität

Gesemann, Frank/Roth, Roland u.a. 2018: Fallstudien zum Zusammenhalt vor Ort. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung

Helbig, Marcel/Jähnen, Stefanie 2018: Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. WZB Discussion Paper, No. P 2018-001. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

INKA-Forschungsverbund (Hrsg.) 2015: Engagiert im Katastrophenschutz. Impulse für ein zukunftsfähiges Freiwilligenmanagement. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

Klein, Ansgar 2020: Zivilgesellschaft im Ausnahmezustand: Corona und die Folgen. Berlin: Maecenata

Roth, Roland 2020: Demokratie und Bürgerbeteiligung in Zeiten von COVID-19 (Opuscula 141). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-68889-1>

Roth, Roland 2021: Ein Jahr Demokratie und Bürgerbeteiligung im Zeichen von COVID-19 – Profil einer verfehlten Pandemiepolitik. In: BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland 10/2021

Roth, Roland 2021a: Demokratische Selbstkorrektur ist gefragt! Mit einer starken Zivilgesellschaft gegen politische Polarisierung und Rechtspopulismus in Pandemiezeiten. Betrifft: Bürgergesellschaft Nr. 45. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung, auch in: BBE-Newsletter Nr. 19 vom 23.9.2021

Simonson, Julia, Nadiya Kelle, Corinna Kausmann & Clemens Tesch-Römer (Hrsg.) 2021:

Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. Berlin: DZA

Wang, Lili / Ganapati, Nazife Emel 2018: Disasters and Social Capital: Exploring the Impact of Hurricane Katrina on Gulf Coast Counties. In: Social Science Quarterly (99) 1, 296-312

<https://doi.org/10.1111/ssqu.12392>

Wenzl, Udo u.a. 2021: Partizipative Gemeindeentwicklung im ländlichen Raum: das Beispiel Sexau. In: Bär u.a., S. 518-526

Wüstenrot Stiftung (Hg.) 2020: Bedingt Planbar. Städtebau und Stadtentwicklung in Deutschland und Europa. Ludwigsburg: Wüstenrot Stiftung

ZiviZ (Hg.) 2020: Die Lage des freiwilligen Engagements in der ersten Phase der Corona-Krise. Lokal kreativ, finanziell unter Druck, digital herausgefordert. Berlin: ZiviZ

Autor

Prof. Dr. Roland Roth ist Politikwissenschaftler – zuletzt am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal und war Mitglied der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« des XIV. Deutschen Bundestags.

Kontakt: roland.roth1@gmx.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de